

Bezugspreis:

Bezugspreis: Einzelheft 21.-, monatlich 7.-, vierteljährlich 21.-, halbjährlich 42.-, jährlich 84.-

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Voll u. Zeit' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Deutsches

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 10. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 11753-54.

Millerand will sich verantworten.

Paris, 10. April. Wie die Sabadagenatur berichtet, wird Millerand am Montag vor der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten gehört werden.

Neue Note Deutschlands.

Paris, 9. April. (Sabad.) Der Präsident der deutschen Delegation, Goepfert, ließ dem Ministerpräsidenten eine Note zugehen, in der um eine dreimonatige Verlängerung der Frist nachgefragt wird.

Belgiens Beschluß.

Paris, 9. April. (Sabad.) Der belgische Geschäftsträger in Paris teilte heute der französischen Regierung offiziell den Beschluß der belgischen Regierung mit, sich den französischen Besatzungsmaßnahmen in Deutschland anzuschließen.

Einigung in Dänemark?

Kopenhagen, 9. April. Wie in Reichstagskreisen verlautet, ist zwischen den Konserverfabrikanten, Radikalen und Sozialdemokraten Einigkeit darüber erzielt worden, den Konserverfabrikanten Vorschlag, betreffend das Wahlgesetz, anzunehmen.

Ausgleich zwischen Oesterreich und Italien.

Rom, 9. April. Staatskanzler Dr. Renner drückte bei der gestrigen Besprechung mit Nitti den lebhaften Wunsch aus, die österreichischen Grenzfragen zu regeln, insbesondere die Frage der Räumung von Nordtirol und der Abgrenzung in Südtirol.

Dr. Lauffenberg begnadigt.

Hamburg, 10. April. (Zll.) Der Senat hat Dr. Lauffenberg, der im November vorigen Jahres zu einem Jahr Festungshaft verurteilt wurde, und der erst in Hamburg, dann in einer kleinen Festung in Pommern seine Strafe verbüßte, den Rest der Strafe erlassen.

Was der Kapp-Putsch an Ruhrkohlen kostete.

Während die durchschnittliche Kohlenförderung im Ruhrgebiet 11 Tage vor dem auch wirtschaftlich überaus verhängnisvollen Kapp-Putsch täglich 294 000 Tonnen betrug, ist die durchschnittliche Tagesförderung, wie eine Berliner Korrespondenz berichtet, im gleichen Zeitraum nach dem Kapp-Putsch auf 167 000 Tonnen zurückgegangen.

Der 2. Untersuchungsausschuß des Reichstages tritt am Mittwoch, den 14. März, zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, in der die Vernehmung des Grafen Bernstorff und des Generalmajors Papen stattfinden soll.

mission zu erfassen, die Entscheidung über die zweite schleswigsche Zone bis nach den Wahlen auszusprechen.

Beseitigte Streikgefahr in Oberschlesien.

Rattowik, 10. April. (Zll.) Die erst jetzt bekannt wird, stand Oberschlesien in den letzten Tagen vor einem weitgreifenden Verkehrsstreik. Die Eisenbahner des Direktionsbezirks Rattowik waren mit folgenden Forderungen hervorgetreten: 1. Abschaffung der Affordarbeit in den Werkstätten, 2. Lohnerhöhung um 100 Proz., 3. Gewährung einer Beschäftigungszulage für Arbeiter und Beamte in Höhe von 1000 M. und für jedes Kind 200 M.

Ueber diese Forderungen ist während zweier Tage unter Teilnahme der interalliierten Kommission im Direktionsgebäude in Rattowik verhandelt worden. Die Direktion konnte sich den berechtigten Forderungen nicht verschließen und versprach auch ihrerseits Unterstützung der Forderungen.

Bei den Verhandlungen wurde ferner durch den Ernährungs-Kommissar bekanntgegeben, daß für Oberschlesien eine reichlichere Zufuhr von Lebensmitteln einsehen soll, deren Verteilung im Einvernehmen mit den Arbeiterorganisationen vorgenommen werden soll, damit für Zucker und Schokolade keine Verknappung möglich ist.

Am zweiten Verhandlungstage wurde die Frage der Affordarbeit besprochen. Es wurden alle Wünsche geprüft, um die Leistungsfähigkeit der Werkstätten zu heben. Um dieses zu erreichen, schlug Oberst Robertson eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde vor, indem er darauf hinwies, daß dadurch den Arbeitern auch ein wesentlicher Mehrverdienst verschafft würde. Die Arbeitervertretung wies demgegenüber darauf hin, daß durch eine reichlichere Bezahlung und eine bessere Ernährung die Leistung sich ohne weiteres von selbst steigern würde. Die Verhandlungen haben bisher den Erfolg gehabt, daß von dieser Woche ab die Aufhebung der Affordarbeit in den Werkstätten verfügt worden ist.

Truppenverstärkungen in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 9. April. (Fig. Drahtbericht des 'Vorwärts'.) An der Hauptwache, wo der Zusammenstoß zwischen Truppen und Bevölkerung stattgefunden hat, wurden die Truppen zurückgezogen. Die Hauptwache ist wieder in ihren früheren Zustand versetzt worden, nämlich als Café. Die Franzosen haben eine Verstärkung an Truppen herbeigeführt, außerdem haben sie in die Umgebung Artillerie gelegt. Die Straßenpatrouillen bestehen zumeist aus weißen Franzosen. Die Verstärkungen verdrängten weitere Flüchtlingfamilien aus ihren Unterkünften, viele mußten die Nacht unter freiem Himmel verbringen.

Man schreibt uns: Am Mittwoch vormittag wurde der Frankfurter Eisenbahndirektion von den Franzosen mitgeteilt, daß alle fahrplanmäßigen Züge bis Mitternacht in das unbesetzte Gebiet fahren dürften.

Wegen der Enttarnung eines französischen Jägers, dem Kacahiner und Fahrrad weggenommen wurden, haben die Franzosen der Stadt Frankfurt eine Kontribution von 10 Fahrrädern, 10 Rekolbern und 10 000 Geldmark aufgelegt. Ein Protest der Stadt blieb ohne Wirkung.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses?

Abgeordneter Scheidemann hat seinem Stellvertreter im Vorst. des Auswärtigen Ausschusses, dem Abgeordneten Conrad Gauhmann (Stuttgart), telegraphisch anheimgestellt, den Ausschuß einzuberufen. Abg. Scheidemann ist für die ersten Tage in Kassel noch unabhkömmlich.

Zum Oberbefehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos 1 ist Generalleutnant von Bergmann, bisher Befehlshaber des Besatzungs-Kommandos 6, ernannt worden. Generalleutnant von Bergmann hat die Führung bereits vor einigen Tagen übernommen.

Der Druck der Militärpartei.

Die Berliner Regierung hat unter dem Druck der Militärpartei eine plötzliche Offensive der Reichswehr gegen die Arbeiterchaft des Ruhrreviers angeordnet. Mit diesen Worten begann die Proklamation des französischen Generals Degoutte an die Bevölkerung der durch den französischen Einmarsch überfallenen Gebiete. Heute dürfte man sich auch in Frankreich über die Größe dieses historischen Irrtums klar geworden sein. Er ist dadurch entstanden, daß die frühere Regierung tatsächlich von Stuttgart aus auf Grund falscher Informationen schon am 17. März bei der Entente um die Erlaubnis zum Einmarsch nachgekommen war.

Sehr reich änderte sich jedoch die Lage. Nach dem Sieg der Arbeiterchaft über die konterrevolutionären Formationen gelang es den linkskommunistischen Arbeiterberberbern, für einen Augenblick die Gewalt an sich zu reißen, die alsbald auch ihren Händen entglitt und in die eines wüsten Verbrochertums überging. Das westliche Ruhrrevier geriet unter eine linksmilitaristische Schreckensherrschaft, die im Ru alle Schönheiten des Militarismus entwickelte. An der Front verblutete mancher ehrliche Idealist, während sich ein paar Kilometer dahinter die 'Stappenschweine' mit den 'Karböldmärschen', den zu Schwefeln erhobenen Dürnen der Nordelbtertel, umhertrieben. Die 'Militärbehörde' kümmerte sich nicht um die Anordnungen der aus U. S. P. und R. P. D. Leuten zusammengesetzten 'Zivilbehörde', erklärte alle Friedensverhandlungen für Verrat und erließ schändlichste Anordnungen zum 'Durchhalten'. Die Arbeiter wurden durch Requisition der rationierten Lebensmittel zum Hungern verurteilt, das platte Land wurde fahlgelassen, Banken wurden erpreßt, Geschäfte ausgeplündert.

Zeitungen, die dieses Treiben kritisierten, wurden unterdrückt, Arbeiterführer, die Bedenken äußerten, verhaftet und mit dem Erschießen bedroht. Das Land ährte nach Rettung, und dieselbe Arbeiterchaft, die kurz zuvor die Reichswehr bekämpft hatte, sehnte jetzt aus dem instinktiven Drang der Not Hilfe herbei, mochte sie kommen woher immer.

Die Sozialdemokratische Partei und auch der Reichskanzler Gernann Müller empfanden gegen den Gedanken einer militärischen Intervention den stärksten Widerwillen und taten alles mögliche, um dieser verhassten Notwendigkeit zu entgehen. Aber mit jedem Tage wurden die Hilferufe aus den Gebieten des Schreckens dringender, und die Stellung der Gegner jeder Militäraktion, zu denen befanntlich auch der 'Vorwärts' gehörte, wurde dadurch geschwächt. Wenn heute Offiziere, die unter der zugeknöpften Uniform ein konterrevolutionäres Herz tragen, sich als Retter des Ruhrreviers aufspielen können, wenn trotz aller Bemühungen der Sozialdemokratischen Partei und der Regierung an einzelnen Stellen militärische Ausschreitungen verübt wurden, die jeder anständige Mensch verurteilt, so tragen die Schuld daran jene tollen Räteapostel, unter deren Einfluß die anfangs so prachtvolle Bewegung im Ruhrrevier binnen kurzem der abscheulichen Entartung verfiel.

Nicht unter dem Druck der Militärpartei hat die jetzige Regierung den Einmarsch angeordnet, sondern unter dem Druck der gebeugten Bevölkerung. Und nicht um eine 'Offensive gegen die Arbeiterchaft' handelte es sich, sondern um die Befreiung der Arbeiterchaft von der Gewaltherrschaft höchst zweifelhafter Berufsrevolutionäre. Die französische Regierung und ihr General Degoutte waren vollständig falsch unterrichtet.

Nicht die deutsche, sondern die französische Regierung stand unter dem Druck der Militärpartei, als sie den furchtbaren Einmarsch ihrer Truppen in den Raingau befahl. Und sie hat durch die Proklamation Degouttes selbst verraten, daß sie nicht die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles, sondern eine plumpe Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands bezweckte, eine Einmischung, die vom ganzen deutschen Volk bis zu den Kommunisten hinüber einmütig zurückgewiesen wurde. Denn der offensichtliche Zweck des Art. 43 des Friedensvertrages ist doch der, deutsche Truppenansammlungen in der neutralen Zone zu verhindern, die für Frankreich und Belgien eine militärische Bedrohung bedeuten. Die französische Regierung hat sich aber nicht einmal die Mühe genommen zu behaupten, daß eine solche Bedrohung vorliege, sondern sie hat unsinnigerweise erklärt, eine 'Offensive gegen die Arbeiterchaft' verhindern zu wollen. Dazu aber hat sie nicht das mindeste Recht. Die deutsche Arbeiterchaft will auch, wie gesagt, von

Ihrer Hilfe nicht das mindeste wissen. Sie steht dem Spring- lebendigen französischen Militarismus mit demselben Haß und derselben Verachtung gegenüber, wie dem verendenden deutschen.

Die französische Regierung hat „unter dem Druck der Militärpartei“ aber noch mehr getan. Sie hat die Völkerverbindnisse verlegt und dadurch den Widerstand ihrer früheren Verbündeten auf den Plan gerufen. Sie hat durch ihre eigenmächtige kriegerische Handlung Frankreich in eine Lage versetzt, in der es nach dem strengen Wortlaut des Vertrages wirtschaftliche und sogar militärische Gegenmaßnahmen des Völkerverbundes zu gewärtigen hätte. Wenn nun diese Suppe auch nicht zu heiß gegessen werden wird, jedenfalls ist die weltpolitische Isolierung Frankreichs in diesem Augenblick so gut wie vollständig. Die französische Republik, der bei Beginn des Weltkrieges die Herzen aller Völker zuflogen, ist jetzt in Gefahr, ihren letzten Freund zu verlieren, wenn sie sich nicht vom „Druck der Militärpartei“ befreit.

Wir haben in den letzten Wochen drei Sorten von Militarismus an der Arbeit gesehen: zuerst den deutschnationalen, dann den kommunistischen, zuletzt den französisch-nationalistischen. Es war in allen drei Fällen dasselbe Schauspiel: Gewalt ohne Verstand. Und es war in allen drei Fällen derselbe Erfolg: eine Blamage ohne Gleichen, die nur lächerlich wirken würde, wenn sie nicht so entsetzlich viel Elend zur Folge gehabt hätte.

Daraus sich die Lehre ergibt, daß sich die Völker, voran das französische und das deutsche, vom Druck jeder Militärpartei befreien müssen, der deutschnationalen, der französisch-nationalen und auch der kommunistischen, die da vermeint, die soziale Frage mit Handgranaten lösen zu können. Berge von Trümmern! Und auf ihnen hoch grinsend das alte Gespenst: der Aberglaube der brutalen Gewalt, die militaristische Befessenheit!

Groß-Wahltag!

Erleichterung der Wahlstätigkeit.

Aus Süddeutschland wird uns geschrieben: Der Nationalversammlung liegen Gesetzentwürfe vor über die Wahlen des Reichspräsidenten und des Reichstages, auch über Volksentscheidungen und Volksabstimmungen. Preußen und Bayern, auch andere Länder haben Wahlordnungen für ihre Landesparlamente zu beschließen und dann Kantonswahlen auszusprechen. Wir haben Bezirke, Distrikte und Gemeinderäte, die je nach Landesbesitz verschiedenen Namen tragen, vielfach neu zu wählen. Mit neuen Regeln führen wir in die reinste Demokratie. Je mehr alle öffentlichen Körperschaften demokratisch eingerichtet sind, desto häufiger tritt an die Wähler und Wählerinnen die Verpflichtung, zur Wahlurne zu erscheinen, um über die Zusammensetzung der öffentlichen Körperschaften und auch über den Inhalt der Gesetze mitzugewissen. Während es Bismarcks Bemühen war, den Anteil des Volkes aller öffentlichen Angelegenheiten so selten wie möglich in Erscheinung treten zu lassen, ergibt sich aus dem Wesen der Demokratie eine starke Inanspruchnahme der Wählerschaft. Wer in der Schweiz gelebt hat oder wer auch nur regelmäßig eine Schweizer Zeitung sei es auch nur ein Blättchen aus einer einsamen Talschaft, liest, weiß, wie häufig die Wähler in der Schweiz zur Entscheidung über eidgenössische, kantonale und gemeindliche Parlamente zur Wahlurne berufen werden. Hierzu kommen in der Schweiz noch zahlreiche durch Bundes- oder National-Beschaffung oder Gemeindestatus vorgeschriebene Volksabstimmungen. Daß diese ständige Heranziehung der Wahlberechtigten zur Mitentscheidung in öffentlichen Angelegenheiten im höchsten Maße politisch erzieht, steht außer allem Zweifel. Aber es wäre verfehlt, die Schweizer Demokratie mit ihrer mehr als 600jährigen Geschichte, mit ihren Landsgemeinden und regelmäßigen Volksabstimmungen unserem Volke gleichzusetzen, das sich langsam an die Rechte und nicht leicht an die durchaus nicht geringen Pflichten zu gewöhnen hat, die die Demokratie

einem Volke auferlegen. Wir müssen den Anteil des Volkes an der Entscheidung über die öffentlichen Angelegenheiten immer mehr steigern, wir dürfen aber nicht das Gefühl einer zu hohen Belastung dem Volke erwecken. Deshalb empfiehlt es sich, möglichst viele Wahlen auf einen Tag zu legen. Das geschieht übrigens auch in der Schweiz, abgesehen dort das Volk an den Gang zur Wahlurne gewöhnt ist.

In den großen Abstimmungstagen in der Schweiz finden oft gleichzeitig Wahlen zu eidgenössischen und kantonalen Körperschaften, Abstimmungen über Gesetze und lokale Wahlen statt. Man sage nicht, daß dies das Wahlgeschäft unübersichtlich mache und daß bloß eine von fröhlicher Jugend an zu den Pflichten der Demokratie erzogene Bevölkerung mehrere Wahlen und Abstimmungen gleichzeitig ohne Freium vorzunehmen vermöge. Das ist eine Unterschätzung des deutschen Volkes, wie man an einem Beispiel aus jüngster Zeit erweisen kann. In Bayern haben die Reichswahlen der Stadt- und Kreisräte in den Städten, der Gemeinde-, Distrikts- und Kreisräte auf dem flachen Lande an einem Sonntag stattgefunden. Dabei waren die Wahlergebnisse durchaus klar. Erstämmer bei der Abgabe der Stimmzettel kamen nur in beschwerend geringer Zahl vor. Man mußte also den Wählern auf dem Lande noch mehr zu als den politisch geschulten Wählern in den Städten. Man erlebte dabei gar keine Enttäuschung. Wohl gab es keinen einheitlichen zweiten Stimmzettel, sondern für jeden Wahltag einen Stimmzettel in besonderer Farbe, so daß jeder Wähler rein äußerlich auf die Verschiedenartigkeit der Wahlen aufmerksam gemacht und zum Nachdenken veranlaßt wurde. Nimmt man Wahlurnen von den gleichen Farben wie sie für die Stimmzettel vorgeschrieben sind, so vereinfacht sich die Arbeit der Wahlkommission, die noch mehr erleichtert würde, wenn Stimmzettel, Stimmkarton und Wahlurne für jeden der nebeneinander vorgeschriebenen Wahlgänge von gleicher und sich dabei von den anderen Wahlurnen unterscheidender Farbe wäre.

Auf diese Weise können man die Zahl der Wahltag erheblich vermindern und der für die Demokratie peinlichen Erscheinung von Wahlmüdigkeit entgegenwirken.

Dabei muß besonders beachtet werden, daß nicht allein der Wahltag, sondern eine auf viele Wochen sich ausdehnende Wahlperiode in Frage kommen. Unter Wahlperiode verstehen wir die Inanspruchnahme von vielen Tausenden freiwilliger Helfer bei den Wahlen, zu denen sich aber auch viele hinzugesellen, die während dieser Wahlperiode bezahlt werden müssen oder doch Aufwandsentschädigungen erhalten müssen. Diese Kosten würden sich, was ja für die Parteien der Schwerverindustrie gleichgültig sein mag, erheblich vermindern, wenn man mehrere Wahlgänge auf einen Tag und damit auch auf ein Wahllokal konzentrierte. Daß die ungeheuren Kosten, die die Wahlen infolge der erscheinend gesteigerten Papier- und Druckkosten, der vervielfachten Fahrpreise, der erhöhten Portogebühren, der auch unerschwinglichen Zehr- und Liebernahmungskosten erheblich vermindert würden, wenn mehrere Wahlen auf einen Tag gelegt würden, müssen alle nicht sozialistischen Parteien als bedeutsamen Gewinn empfinden. Auch für die Beamtenschaft und für die freiwilligen Kräfte, die von den Gemeinden für den Wahltag herangezogen werden, würde sich eine starke Entlastung durch die Zusammenlegung der Wahlen ergeben.

Nach aufeinanderfolgende Wahlen führen zu Wahlmüdigkeit und nach dem deutschen Erfahrungsraum zu einer Erschlaffung des politischen Lebens. Deshalb haben alle demokratisch denkenden Männer und Frauen das lebhafteste Interesse, daß die Zahl der Wahlen und der Wahltag vorerst wenigstens, jedenfalls in diesem Jahre, vermindert wird.

Das Mechanische soll nicht das Geistige fördern! Was uns not tut, ist höchste Steigerung geistiger Kraft, politischer Wirkungsfreudigkeit, Opferwillens und agitatorischer Wucht. Diese wollen wir zu dem Wahltag möglichst ausbilden und durch wohlgegründete Hoffnung auf einen günstigen Erfolg auf das höchste heigern. Aber man gerillerte nicht Stimmung, Lauffass und Willen! Wir stehen im Zeichen der höchsten Konzentration, die Zusammenlegung der Wahltermine, darum wünschen wir einen Zusammenlegung der Wahltermine, darum wünschen wir einen Großwahltag, der der Sozialdemokratie zum großen Einzestage ausschlagen möge.

„1913“, Schauspiel von Karl Sternheim.

Kleines Schauspielhaus.

Ein Schriftsteller, dem die Kenntnis der deutschen Freiheitszeit nicht verfangt war, wollte seine Ahnung vom Reichsjahr 1913 künstlerisch, satirisch, nationalökonomisch, theologisch sogar und ein wenig nach dem Gefühl beweisen. Was er 1913 registriert hat, ist Sozialismus, gemindert durch hohen Verstand und Willen, gemindert durch verletzten, englisch eingefärbten und französisch nährlichen Hochadel, bekümmert endlich durch deutschnationalen, internationalen und idealistisch schwingenden Sozialismus. Die Schlagworte und Menschen von 1913 werden in Gold und Schmuckeigenschaft und Raffinesse eingefasst. Das Ergebnis ist eine Komödie von zwei unterhaltend sprühenden Aufzügen, die den Dichter rechtfertigen und ein sehr großes, fast bizarrisch aufbelebtes Schauspielermittelstück. Dieser mißlungene dritte Akt ist nun für den Beobachter Sternheims gerade am merkwürdigsten. Nachher ist er ein sehr gekleideter, vom Fortschritt begünstigter Schüler seines Lehrers. In die große Gesellschaftstragik will der dritte Akt einsteigen. Der Dramatiker, der zum Mächtigeren trodhet, wird ganz kindisch, kurzfristig und vom guten Geist, vom guten Geschmack auch verlassen.

Der Hundertmillionenmann, Erschließung von Schlot und Esse, ist ein Kaufmann, aus sich selbst alles, mit dem biologischen Gebirgsbau bedroht vom Schlagfluß darum auch, obwohl er ein Nahrungstheoretiker sein möchte. Streit gegen die eigene Tochter, die ihm die Macht nehmen und seine immerhin proletarisch angelegte Finanzbaronsmoral ins Reine fesseln und überkommen will. Solche seit Friedrich Hecker nicht selten erfindenen Kaufmann sollen nach dem Glauben des Auslandes und der Reichsleitungsdeutsche sehr zahlreich bedürftig haben. Solche Männer mit der eisernen Faust, mit der Bismarckdenkmal und dem Kaiserfeldzug haben bei Sudermann und bei Hoffmann einen Scherz, der und Rote abbärt, und eine Tochter, die auf hellem Wege ist, diese Farbe und den Scherz in ihr Herz zu schmeißen. Solchem Namen werden auch Wangen als Gäste. Nieten als Schmeißerlöcher und Kernschlaglöcher: als Säme und Hassenballist nicht erspart. Sternheim erspart nichts davon seinem Theater. Er trifft jeden Charakter nach der Wohlstandsabschöpfung, er ist ein überachtlicher Verweirter dieser Jangens von 1913 und der Wesen, die ihn hochhaben. Er erhebt alle Weibchen der Charakteristik und des Wohlstandes in eine Lust des Woges, die selbst einem abgebrühten, vielfach erfahrenen Parlett Freizeid begeißelt.

Vielleicht hat der die Wahrheit gesagt, daß sein Schauspiel im Winter 1913 zu 1914 geschrieben wurde. Vielleicht hat er einige Betonungen vergessen, die erst im 1919 angestrichelt wurden. Kommt über solche Vergesslichkeit! Denn diese Betonungen gerade sind sehr lebhaft, sehr pudig ausgefallen, so etwa wie sie ein Reitenbeobachter von 1919 herausbringt. Nicht geistig, sondern eifrig. Das ist es: Das letzte Stück dieser Komödie sollte eine Tragödie mit komisch erschütternder, nicht mit erschütternd komischer Dem-

bung sein. Darum kippt der Finanzbaron, vom Schlagfluß gefüllt um, da seine Weltanschauung auch umkippt. Es wäre theoretisch, daß nun der wirtschaftliche Sekretär und das tödlich angebaute Fräulein mit der Millionenerbschaft an die frische Luft springen und Juchhe singen. Sternheim läßt den Sekretär, Rivoboaun ähnlich, vor seinen Freunden und vor dem Spiegelglas und vor sich selber auch umsinken; leider nur moralisch. Der Sekretär, der zur Erlösung des deutschen Weltes abgeholt werden soll, zieht von ungefähr einen blauweidenen Adelsrotel nachanzug an. Er selber gibt sich nur ein wenig in der Wäsche an. Die übrigen nehmen das alles schwer ernst und symbolisch. So geht auch der Sekretär drauf. Er ist wahrscheinlich moralisch tot. Das Heftige und unbedürftig und ungeschwächt Paradies will Sternheim ohne Bringen hinan. Seine Mittel werden die Mittel der Sämmer. Die Farben, die Blätter, die Gegenstände, die Schatten, die er zum Schluß einträgt, sind nicht anders.

Albert Wasseremann wäre dem geistigen Dragoner und Finanzbaronsmarsch wohl gewachsen. Er bringt schon die geniale Schlagflußtragik auf. Darum ist aber kein Grund, daß er sich selber und seine immer lauter werdenden Jubel wiederbeißt und mit Faustn getrommelt. Hubert von Meyer und Georg Alexander spielen Episoden als Routiniere der Gesele. Das ist leicht und bringt Erfolg, das kann aber auch laivoller gemacht werden. Herr Wilhelm Kaiser, der den Sekretär spielt, ist in seinen schauspielerischen Mitteln beengt. Er zeigt seinen Wam, nicht die Gestalt. Frau Roma Dolm-Razin gewinnt als rühlich schillernde junge Dame durch eine Verstandigkeit des Stiles, die anmutig wirkt und ermunternd.

Rag Hochdorf.

„Das Paradies“ von Rehfisch.

Neues Volkstheater.

Dies Drama eines jungen Autors ist in mancherlei Hinsicht typisch für die Tendenzen der jüngeren literarischen Generation, im schwankenden Umriß symbolischer Bilder Jugend abzurufen von dem, was hohen Hoffnungen und Träumen als Ziel der menschlichen Entwicklung vorsteht. Freiheitsgedanken, die zu der revolutionären Bewegung in irgendeiner Art Beziehung stehen, verweisen sich mit schwebenden Visionen einer Sehnsucht, die über alle Schranken gegebener Wirklichkeit hinausdrängt. Ob solche schwebende Begeisterung den Weg zur politischen Kraft des Kunstwerks finden wird, bleibt abzuwarten. Die Aufgabe ist riesengroß, und scheint, wenn überhaupt in Formen philosophischer Dichtung, noch immer eher Barbar, als mit dem schwereren Rüstzeug dramatischer Verfertigung. Einstweilen herrscht der Eindruck einer unbestimmten Gärung vor.

Das galt auch von den Szenen der Rehfisch'schen „Tragödie“. Keiner der jungen Leute aus diesem Paradies, in welchem das Erscheinen Epos Proletariat hilft, vermag mit seinen großen Worten lebendigen Raubholz zu erwecken. Es ist, als ob man Angelebene reden hörte. Nirgends ein Anfaß zu zwingendem Zusammenhang und feiner Charakteristik. Lastische Ideen eines

Die Vorgänge in Kassel.

Eine Entgegnung des Militärkommissars Genossen Grefzinski.

Genosse Grefzinski schreibt uns:

„Zu meinem Bedauern bin ich genötigt, zu der Aufschrift des Reichswehrministeriums im heutigen Morgenblatt des „Vorwärts“ mit ein paar Worten Stellung zu nehmen.

Wie scheint, daß ein von der Reichsregierung — unterzeichnet Gbert, Kasse — zum Reichs-Militärkommissar für den Bezirk Preußen, Thüringen und Provinz Hessen-Nassau bestellter Mann nicht jeder beliebige ist, und daß auch die Reichsregierung sehr wohl an zu nehmen verpflichtet ist, daß ein von diesem Reichsminister an den Reichspräsidenten gerichteter Telegramm nicht „aus dem leeren Bauch heraus“ und auch nicht auf Grund von momentanen Stimmungen verfaßt ist, sondern ihm Tatsachen zugrunde liegen. Es wäre also sehr naheliegend gewesen, wenn das Reichswehrministerium, ehe es an mich telegraphierte, mir Gelegenheit gegeben hätte, mich zu dem Vortrag und zu den „dokumentarischen Unterlagen“ des Reichswehrgruppenkommandos wenigstens hinzugezogen, so doch nachträglich, aber vor der Entscheidung, geübt hätte. Wie sehr das notwendig gewesen wäre, zeigen ja die inzwischen erfolgten Veröffentlichungen im „Vorwärts“. In der Aufschrift des Reichswehrministeriums heißt es, daß der Reichspräsident und der Herr Reichswehrminister zu dem Resultat gekommen seien, daß in bezug auf das militärische Vorgehen die Ansicht des Reichswehrgruppenkommandos die richtige gewesen sei. Wie man das heute noch schreiben kann, ist mir allerdings unerfindlich. Ich erlaube mir immerhin die Anfrage, ob in den „dokumentarischen Unterlagen“ auch das im „Vorwärts“ vom 8. April abends veröffentlichte Schreiben des Gruppenkommandos an die Brigade 11 vom 27. März, welches den Anlaß zu meinem Telegramm gab, enthalten war und in dem die folgende Ansicht des Reichswehrgruppenkommandos niedergelegt ist:

„Für das militärische Ansehen ist es geboten, in Suhl einzurücken, sowohl, um der ruhlosen Arbeiterschaft die Macht zu zeigen und der ordnungsliebenden Bevölkerung in diesem Gebiet den Rücken zu stärken, als auch Wiederholungen bewaffneter Aufstände nachdrücklich vorzubeugen.“

Ich kann mir nicht denken, daß der Herr Reichspräsident und der Herr Reichswehrminister diese militaristische Auffassung sich zu eigen machen. Im übrigen bedauere ich selbst am allermeisten, daß es mir so spät erst möglich gewesen ist, den zuständigen Stellen das Material zu unterbreiten, was sonst noch gegen die Generale v. Schöler und v. Loßberg vorliegt. Ich bin aber am 30. März wieder in Berlin gewesen und habe am gleichen Tage mich beim Herrn Reichsminister schriftlich angemeldet und um eine Unterredung auch wegen meines Telegramms an den Herrn Reichspräsidenten gebeten, die selber erst am 4. April stattfinden konnte, und am 6. April fand dann die weitere Besprechung bei dem Herrn Reichswehrminister statt. Während der ganzen Zeit war ich in Berlin und jederzeit in meinem Amt zu erreichen. Wenn der „Vorwärts“ im Anschluß an die Auslassungen des Reichswehrministeriums schreibt, daß mindestens eine Jur-Dispositions-Stellung der beiden Generale sofort erforderlich gewesen wäre, so hat er darin um so mehr recht, als wenn dem Herrn Reichswehrminister am 8. April übergebenes Material aus Schriftstücken und rufischen Befehl, welche verantwortlich und unter voller Namensnennung von Vertretern der sozialdemokratischen, demokratischen und Zentrumsparteien gezeichnet ist, die Teilnehmer an der Konferenz waren, die am 18. März bei den beiden Generälen zwecks Feststellung ihrer Stellung zum Kapp-Zug stattfand.“

Weshalb sie Kapp nicht unterstützten.

Ein wertvolles Eingeständnis.

Die Deutschnationalen leugnen bekanntlich ihre Beteiligung an dem Kapp-Lüttich-Unternehmen. Ihre schwächlichen Versuch, ihre unbilligbare Mißthat von sich abzuschieben, haben wir wiederholt zu kennzeichnen Gelegenheit ge-

häuerten Lebens, in dem jedes Mitglied der Gemeinschaft durch Landarbeit dem Unterhalt des Ganzen dienen soll, hat einen kleinen Kreis von Menschen während des Weltkrieges zu gemeinschaftlicher Siedlung in der Einsamkeit der Schweizer Berge zusammengeführt. Ein Künstler, ein defektierter Soldat, ein phantastischer Rulle und ein Arbeiter, der seine Familie verlassen, bilden den Kern, der unter Clemens Leitung in einer selbstgegründeten Pflanzstätte einträchtig haust. Da plötzlich führt der Künstler mit der aufregenden Nachricht herein, ein wunderbares Weibchen sei ihm draußen zwischen Wäden und Traum erschienen. Und die so Angefandigte, eine Tänzerin und Sogantin, die sich zu den Entfolgen ihrer Prostituiertenbahn stellt bekennt, tritt halb verhangen, aber drum nicht weniger eroderungslustig in den Kreis der Männer. Mit jedem kokettiert sie und jeder ist entzückt von ihr. Vor selber dünkt des Arbeiters rauhe Kraft am lohnendsten. Clemens redet ihr von seinen Idealen. Das scheint im Augenblick Eindruck auf sie zu machen. Jedemfalls nicht sie dann später, nachdem sie beim Gelage der Freunde gelangt und mit dem Arbeiter im Wald verknüpfen ist, an einem höchst geheimnisvollen Nachhinein, den sie selbst geführt hat. Die absolute Inkarbeit in diesem Punkte gibt bereits eine Vorstellung vom Grad der Willkür und der Wirrnis, die das ganze Drama charakterisiert. Des Wädens Tod vollendet das Feststellungswerk. Der Bund läuft auseinander, der Schatten Goss treibt die Menschen aus dem Paradies in die Welt zurück. Doch Clemens reine Heißigkeit bewahrt den Glauben, daß die Zukunft dem Werke, dem sein bestes Können galt, dereinst entgegenreisen werde.

Die Regie Heinz Goldberg hatte den seitmannen Szenen in dem weiten Ausblick der Hütte auf laufige Bergwiesen und strolchenden Sommerhimmel einen stimmungsvollen schönen Rahmen geschaffen und die schwierigen Spielderrollen mit feiner Einfühlung abgetan. Ida Erlaff gab die rätselhafte Tänzerin, unter den Bundesbrüdern traten in erster Reihe die Herren Pabst (als Clemens), Herrm und Fricke hervor. Conrad Schmidt.

Der dritte Weltkongreß internationaler Vereine wird am 5. September in Brüssel beginnen. Der Kongreß, der von dem Bund internationaler Vereine (Sig Brüssel) ausgeht, wird sich mit einer Reorganisation des Bundes im Hinblick auf die Schaffung des Völkerverbundes befassen. Insbesondere will man sich beschäftigen mit der Anpassung der internationalen Vereine an den Völkerverbund und die Beziehungen der Vereine zu den internationalen Bureaus, und mit der Frage der Einrichtung internationaler Zentral-Laboratorien, internationaler Anwesenheiten und der Frage einer Weltuniversität. Mit dem Kongreß soll eine Weltausstellung über das internationale Leben verbunden werden.

Erkannführungen der Woche. Di. Kammertheater: Stella, Trilbne Totentanz. Do. Thalia: Amor auf Neffen. So. Großes Schauspielhaus (nodm.): Kantonen. Heber deutsche Pantomime (bricht im Bund Deutscher Architekten am 14. April 7 Uhr Abg. Stoll (im Künstlerhaus). Im Großen Schauspielhaus finden von jetzt ab die Vorstellungen am Sonnabend und Sonntag abend gleichfalls im Abonnement statt.

habt. Deshalb die Unterstützung nicht noch begeisterter und bereitwilliger erfolgte, das enthüllt die „Deutsche Zeitung“ in einem Artikel, den sie in biblischer Klangschönheit mit „Ottengeschichte“ überzieht, und dessen unaufhaltsam dahinströmende Flut von Schimpfwörtern allerdings außerordentlich an das Jischen jener wenig beliebten Tiere erinnert. Trotz ihres schlechten Gewissens läßt sie sich folgenden Satz entchlüpfen:

Die Verlierer des heiligen Rechts der Revolution, die Revolutionsgewinner vom November, freischen in scheinheiliger Pose über den „Revolutionär“ Kapp, der eben zugrunde ging, weil er keiner war, weil er nicht mehr war als ein Verständigungs-Bethmann, als der Vermittlungs-Typ des wilhelminischen Zeitalters der großen Worte und kleinen oder keinen Taten.

Also weil Herr Kapp und Herr Lüttich nicht schneidig genug vorgingen, ist die Begeisterung der Deutschen nicht so groß, wie es ursprünglich den Anschein hatte. Der Erschießungsbefehl der Herren kam um 24 Stunden zu spät! Wir würden es ehrlicher finden, wenn die Deutschnationale Volkspartei in ihren Aufrufen, in denen sie ihre Beteiligung an dem Kapp-Putsch leugnet, auch den Grund mitteilen würde, weshalb ihre Unterstützung nicht lebhafter war: weil nämlich das Auftreten jener Alique noch nicht volksfeindlich, noch nicht antisemitisch, noch nicht militaristisch genug war. Wir sind der „Deutschen Zeitung“ für ihr Eingeständnis, das wir ihr namentlich bei den bevorstehenden Wahlen vorbehalten werden, außerordentlich dankbar.

Häftentlassen, aber wie!

Unser Artikel in Nr. 175 des „Vorwärts“ vom 6. April „Häftentlassen, weil Republikaner“, hat den Erfolg gehabt, daß der bisherige Katastrophen- und Vertrauensmann des 3. Bataillons, Reichswehr-Inf.-Regt. 6 in Treptow, Genosse Zigner, nach zittiger Haft nunmehr aus der Haft entlassen worden ist. Gleichzeitig bekam er aber auch seine Entlassung vom Regiment mit folgendem Anschreiben:

Berlin-Treptow, den 8. April 1920.

An den Gefreiten Zigner!

Herr Major Künkel hat befohlen, daß Sie die Kaserne nicht wieder betreten sollen. Entlassungsbefehl anbei.

Was Sie mit der Kompagnie noch zu regeln haben, haben Sie auf schriftlichem Wege zu tun.

Uebrigens sind Ihre empfangenen Sachen abgegeben, desgleichen Rost-Ausweis und Speisefkarte.

Ve h m, Leutnant.

Der Major Künkel, der hier einem verfassungstreuen Soldaten das Betreten der Kaserne verbietet, hatte sich am 13. März ebenso wie der stellvertretende Bataillonskommandeur, Major Bieroth, offen auf Seiten der Putschisten gestellt. Major Künkel, der damals beurlaubt war, hatte schon in der Nacht vom 12. zum 13. seinen stellvertretenden Bataillonskommandeur mit den Worten angerufen: „Hurra, der Streich ist gelungen!“ Major Bieroth hatte am 13. März in seinem Appell bekanntgegeben, daß die gegen Lüttich aufgestellten ersten und zweiten Bataillone sich geweigert hätten, gegen die Kappkumler zu kämpfen, seiner Ueberzeugung nach hätten sie damit recht gehandelt. Diese Offiziere sind nach wie vor im Dienst und verbieten den verfassungstreuen Leuten das Betreten der Kaserne! Was meint der Reichswehrminister dazu?

Wels über die Unabhängigen.

Die Unklarheit in der U. S. P.

In einer von der Sozialdemokratischen Partei einberufenen Vollversammlung in Friedrichshagen, die ungemein stark besucht war, referierte Genosse Wels über die Stellung der Sozialdemokratie in den Putschtagen. Die zahlreich erschienenen Unabhängigen wiesen zunächst durch Zwischenrufe die Schuld an der reaktionären Gefährdung der Einwohner-, Sicherheits- und Reichswehr an der Sozialdemokratischen Partei zu, welche Vorwürfe durch Wels mit dem Hinweis bekämpft wurden, daß gerade umgekehrt die unabhängige Sozialdemokratie jeden Arbeiter, der sich zum Eintritt in eine dieser Organisationen bereit erklärte, boykottierten. Ihn aus der Arbeitstätte verdrängten, öffentlich bloßstellten und ächteten und so dafür sorgten, daß die Reaktionäre freies Feld in diesen Organisationen hätten. Er wies auf die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der gesamten Arbeiterkraft zur Niederwerfung der reaktionären Streikungen hin. Klarheit allerdings geschaffen worden, ob das von der „Freiheit“ veröffentlichte Arbeitsprogramm der unabhängigen Sozialdemokratie nur als ein wahltechnisches Hilfsmittel anzusehen sei, oder ob das darin enthaltene Bekenntnis zur Demokratie und der Verfassung der politischen Ueberzeugung der Unabhängigen entspreche. Das sei insbesondere notwendig, da der unabhängige Parteivorstand noch am 19. März dem Genossen Hupmann offiziell erklärt habe, er stände fest auf dem Boden seines Leipziger Programms, das sich zur Diktatur des Proletariats bekennend und so im Gegensatz zur Demokratie stehe, und er sei deshalb nicht in der Lage, sich mit Reichheitssozialisten an den Verhandlungstisch zu setzen. Im Widerspruch zu dieser Erklärung habe die „Freiheit“ wenige Tage später jenes demokratische Verhandlungsprogramm veröffentlicht, und in der Reichslage hätten Verhandlungen zwischen Unabhängigen, Reichheitssozialisten und Regierungsmitgliedern über die Bildung einer Arbeiterregierung stattgefunden. Hier müsse völlige Klarheit geschaffen werden.

In der Diskussion bekannte sich der Führer der Friedrichshagener Unabhängigen offen zu der Auffassung, daß die politische Macht von der Arbeiterklasse nur durch Gewalt erobert werden könne und er deshalb die von dem Referenten aufgestellte Formel „Putsch oder Demokratie“ nicht anerkennen könne. Interessant war auch, daß er dem Genossen Wels, der auf die Stellungnahme Kautskys und Hilferdings zur sofortigen Sozialisierung hinwies, unter dem Weisfall seiner Freunde zurief: „Kautsky und Hilferding sind ebenso schlimm, wie Wels, Ebert und Noske“.

Das Döberitzer Lager.

Man schreibt uns:

Besitz von Spandau liegt bekanntlich der Döberitzer Truppenübungsplatz. In wilhelminischer Zeit wurden dort die Berliner Garderegimenter geschult und abgeholt. Die Bewohner des Dorfes Döberitz wurden ausquartiert, damit dem Militarismus Gelegenheit gegeben wurde, das verlassene Dorf als Biesscheibe seiner Herdrungschule zu benutzen.

Mit dem Versailles Vertrag ist unter anderem die Verminderung des Heeres vorgeschrieben. Die Frage wirkt sich jetzt auf: Soll das Döberitzer Lager weiter bestehen? Im März d. J. war dieses Lager der Sammelplatz der Putschigen und Kau-

terer und könnte es vielleicht wieder einmal werden.

Es muß jetzt gefordert werden, das Lager Döberitz aufzulösen, das größte Dorf wieder aufzubauen und das freigewordene Land gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen zu überweisen. Die Räumung des Lagers dürfte sich jedoch nicht auf viele Jahre hingehen. Zum mindesten müßte eine Verkleinerung des Lagers noch in diesem Jahre unternommen werden, und zwar könnte der Königsweg (Seeburg-Talhorn) die Südgrenze des Lagers bilden.

Vielleicht interessiert sich das Reichswehrministerium dafür. Hier liegt jetzt soviel Ackerland brach, das, vernünftig angebaut, viel Nahrungsmittel erzeugen könnte.

Bedauerlicher Zwischenfall in Essen.

Mißhandlung eines englischen Journalisten.

Nach Meldungen der P. P. R. ist der Korrespondent des „Manchester Guardian“ im Ruhrgebiet, ein Herr J. A. Sait, der englischer Staatsangehöriger ist, nach dem Einrücken der Reichswehr in Essen von der Militärbehörde verhaftet und von einem Leutnant Singamer (P), dem er vorgeführt wurde, als „englischer Spion“ und mit ähnlichen Worten beschimpft worden. Auf Befehl Singamers soll sogar ein Soldat Poigt geschlagen haben.

Lord Rilkman hat dem Reichsminister bereits von dem Vorgefallenen in Kenntnis gesetzt. Das Auswärtige Amt hat telegraphisch beim Minister Severing die sofortige Befreiung der Schuldigen verlangt.

Die Rote Garde in Planen. Die Rote Garde hat heute die Planer Infanteriekaserne sowie den Bahnhof besetzt.

Die englische Arbeiterpartei. Zu dem Artikel Hendersons im heutigen Morgenblatt und unserer kürzlich erfolgten Mitteilung von dem Austritt der englischen Arbeiterpartei möchten wir bemerken, daß nur die Unabhängige englische Arbeiterpartei aus der zweiten Internationale ausgeschieden ist, während die alte Arbeiterpartei fest zur zweiten Internationale hält.

Groß-Berlin

Schutz dem Grunewald.

Zur gewohnten Zeit, wenn die Lüfte ein wenig sanfter gehen und der Nieselregen der jungen Mädchen an den Birkenblättern hellgrün beschlägt, erhebt der Amadorführer Grunewald-Horst seinen Aufruf an die Berliner Waldbesucher. Ja, damit er, gütig in seinen Garten hinaus, es ist wieder an der Zeit, und entnimmt unter „Klitzscheiden V. Kautsky“ seiner Registratur das Schema des seit Jahren beliebten Aufrufes:

Mit Beginn des Frühjahres nimmt der Ausflugsverkehr wieder in beträchtlichem Umfang zu. An alle Grunewaldbesucher wird die dringende Bitte gerichtet, zur Erhaltung des Waldbestandes das Verbot des Rauchens im Walde zu beachten, sich dem Walde nicht mit unverwahrtem Feuer zu nähern oder denselben mit brennender Pflanze oder Pflanze zu betreten. Durch die in der wärmeren Jahreszeit zunehmende Trockenheit ist die Brandgefahr im Walde ganz bedeutend erhöht. Aufsehen von der Strafbarkeit im Zuwiderhandlungsfalle werden oft nicht nur Leben und Gesundheit von Menschen und Tieren durch Waldbrände gefährdet, sondern es gehen durch mannsicheres Auftreten derselben auch dem Volke ungewisse Werte verloren. Im allgemeinen Interesse werden die Waldbesucher ersucht, den Anweisungen der Aufsichtsberechtigten unbedingt Folge zu leisten.

Ja, es ist ein Aufruf, wie er im Buch steht. Er tut seinem noch und ist auch nicht aufrichtig. Der Berliner liest gern dergleichen, wenn er die Hände voll frisch geschnittene Grün hat und sich eine neue Zigarette anzündet. Es ist eben eines Amadorführers von Grunewald-Horst Pflicht, einen Aufruf zu erlassen.

Man würde im Grunewald ruhig weiter rauchen und den Amadorführer nach bestem Wissen und Gewissen dagegen aufpassen lassen, wenn nicht selbst das Verantwortlichkeitsgefühl hinzukäme. Somit ist es weniger ein Verdienst des ledernen amadorführerlichen Aufrufes, wenn vorübergehende Waldbrände in der Umgebung Berlins nicht gerade allzu oft vorkommen.

Härteste Selbstpöktel aber müßte das Publikum gegenüber den Plünderern des Grunewalds üben. Jenen Leuten gegenüber, die an keinem grünen Laub vorbeizugehen können, ohne ein riefendes zu bezaubern. Der Grunewald bringt einem lässlichen Boden mit aller Mühe das bische Grün ab. Er ist wie ein Mann, der hart um sein Leben ringt. Ihn zu bezaubern ist roch und heute, wo die Erholung aus Berlins Mauern hinaus, jedes aus der Millionenstadt, mehr als je ein Bedürfnis ist, ein Verbrechen an der Allgemeinheit.

Die vom Verbandsdirektor des Verbandes Groß-Berlin herausgegebene Wanderkarte des Grunewalds ist jetzt erschienen — für dieses Jahr zu Beginn der schönen Jahreszeit gerade auch zu rechter Stunde. Insofern zur Verhinderung der Karte geben die zur Hinderung der Arbeitslosigkeit als Notstandsarbeiten angeführten und jetzt beendigten umfangreichen Wegerarbeiten im Grunewald, durch die eine Reihe neuer schöner Wanderwege geschaffen und bereits vorhandene ausgebaut und verbessert wurden. Die dreifarbige Wanderkarte wird im Verlage von Wally Holz, Berlin SW. 61, Brohberenstr. 16, bestellt und ist durch alle Buch- und Landkartenhandlungen zum Preise von 1 M. zu beziehen.

Weiterer Ausbau der Lößnitz.

Nach einer Bekanntmachung des Gemeindevorstehers von Rüdersdorf soll demnächst mit den Bauarbeiten in den Ausbau der Lößnitz zwischen Rangschleuse und Kleinbaum, der sogenannten oberen Lößnitz, begonnen werden. Wie erinnerlich, ist in den Jahren 1918/19 die Lößnitz zwischen Flöken und Werke gerodet worden. Die damals vielfach geäußerten Befürchtungen, daß durch diese Begründerarbeiten das überaus reizvolle Landschaftsbild des Lößnitgrundes gestört werden würde, haben sich erwiesenermaßen nicht erfüllt. Es ist zu wünschen, daß die Fortsetzung der Arbeiten auch jetzt nicht zu einer Verschandelung der Lößnitzstelle führen möge.

Drohende Brotvertierung.

Wie eine Berliner Korrespondenz erfahren haben will, ist bereits in den nächsten Tagen, wahrscheinlich am 15. d. Mts., mit einer erheblichen Brotvertierung zu rechnen. Der Weizenpreis wird zunächst auf etwa 4,50 M. festgesetzt werden, doch dürfte in nicht allzu ferner Zeit eine weitere gewaltige Erhöhung des Weizenpreises erfolgen. Die Reichsgetreidestelle erhöht jetzt den Doppelzentner Weizen im Verkaufspreis um 100 M. Da der Väder aus einem Doppelzentner 75 Brote bezustellen vermag, so muß auf den bisherigen Weizenpreis der Mehlmehlpriß aufgeschlagen werden. Hierzu kommen noch eine erhöhte Verdienstspanne für den Väder, Steuern, der erhöhte Kohlenpreis usw.

Die Nachversteuerung der Tabakwaren.

Nach einer Mitteilung des Deutschen Zigarrenhändler-Bundes ist die Preisverhöhung der Tabakwaren notwendig, da sonst der Händler die ganze Steuer aus eigener Tasche bezahlen müßte.

Die beträgt aber bei Zigaretten zum bisherigen Preise von 15 Pf., 20 Pf. und 25 Pf., 47 M. für 1000 Stück, für 30-Pf.-Zigaretten 60 M., für 35-Pf.-Zigaretten ebenfalls 60 M., bzw. 55 M., für solche zu 40 Pf. das Stück 85 M., für 50-Pf.- und Zigaretten über 50 Pf. 110 M. für 1000 Stück, so daß diese Zigaretten naturgemäß sich um je 5 bis 15 Pf. teurer stellen müssen. Der Händler ist laut Gesetz verpflichtet, nur zu diesen Preisen zu verkaufen.

Die Nachsteuer auf Zigaretten ist geringer und wird vom Handel selbst getragen werden, bezüglichen bei Weizen, Schampf- und Amatabalen. Das Tabaksteuergesetz kennt aber bei Zigaretten nur ganz bestimmte Steuerklassen und demgemäß Kleinverkaufspreise, z. B. 50, 60, 100, 120, 150, 180, 200, 250, 300 Pf. und darüber. Der Händler ist verpflichtet, nur zu diesen Preisen zu verkaufen, also Zigaretten in Zwischenpreisen zu bestehenden Preisen zu versteuern und zu verkaufen.

Das Recht der Wohnungsbeschlagnahme.

Die 9. Kammer des Landgerichts III in Berlin hat einen Antrag der Bauhygiene A.-G., Berlin, der Stadtgemeinde Charlottenburg die Ausführung der Wohnungsbeschlagnahmeerkündung bei Verletzung einer Pfandbrief-Straße von 1600 Pf. für jede Zuwiderhandlung zu unterlegen, kostenpflichtig abgewiesen. In den Entscheidungsgründen wird ausgeführt, daß die Stadtgemeinde ihr Recht und ihre Pflicht zur Wohnungsbeschlagnahme aus gesetzlichen Bestimmungen der verfassungsmäßigen Organe der Staatsgewalt herleitet. Aus diesem Grunde sei der Rechtsweg unzulässig. Die Vorzüge der Beschlagnahme und verhältnismäßigkeit der einschlägigen Verordnungen könne nur gestellt werden, wenn ein Verstoß seiner rechtlichen Natur nach vor die Gerichte gelte; das wird im vorliegenden Falle verneint. Ebenso komme ein Widerspruch gegen Artikel 115 der Reichsverfassung nicht in Frage. — Der Verwaltungspräsident in Potsdam hat inzwischen in dieser Sache den Kompetenzkonflikt erhoben.

Auch da ist noch etwas zu holen! Das Berliner Wohnungskomitee fahndet andauernd auf Wohnungen, die ihrer Bestimmung entgegen sind und für Wohnungsuchende freigegeben werden könnten. Besonders nicht es sich einmal im sogenannten Studentenviertel um, in den Straßen nahe dem Oranienburger Tor, wo die Studentenverbindungen behaglich ein-gerichtetete Heime haben. Die „feudalen“ Körper haufen nicht etwa in Meisen, die für Vereine usw. besondere Zimmer bereit halten, sondern in eigens gemieteten Wohnungen. Da sollte das Wohnungskomitee kräftig zusetzen, dann würde es noch manche Wohnung zur Verfügung haben.

Uningeschränkter Fahrkartenverkauf. Erleichterungen im Fernverkehr treten mit sofortiger Gültigkeit an den Wochentagen in Kraft. Die Bestimmungen über die Nationalisierung der Fahrkarten werden aufgehoben. Die Fahrkarten für die an den Wochentagen verkehrenden Züge sind bei den Fahrkartenausgaben nunmehr wieder im Vorverkauf zu haben und erhalten wieder die frühere vierstündige Geltungsdauer. Wäher an allen Tagen der Woche bestehende Beschränkungen in der Ausgabe der Fahrkarten gelten von nun an nur noch für den Sonntag und Festtagsverkehr. In diesen Tagen gelten die Fahrkarten nur dann, wenn sie am gleichen Tage gelöst sind. Für die Jahre vom 1. Oktober, Ostern und Schließlichen Bahndorf (Wiesener Bahndorf) werden Fahrkarten nur in den Reisebüros und auf den Abgangsbahnhöfen verkauft. Die Fernbahntage werden für Nichtreisende gesperrt, Bahnfahrkarten werden nicht abgegeben. In den Wochentagen gelangen Bahnfahrkarten wieder zur Ausgabe, auch werden Fahrkarten für die Fernzüge wieder von den Vorortstationen herausgegeben. Die Erleichterungen treten von Montag, den 12. d. Mts., ab in Kraft.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsverwundeten. Beset II (Östern). Montag, den 12. April, 7 Uhr, große öffentliche Versammlung in der Aula der H. Gendarmenschule, Hindenburgstr. 1-2. — Beset Centrum. Generalversammlung Montag, 12. April, 7 Uhr, bei Schulz, Elisabethstr. 30. — Allgemeiner Wärtischer Touristenbund. Sonntag, den 11. April, Besichtigung des Botanischen Gartens unter Führung von Prof. Dr. Gehrhardt. Treffpunkt 9 Uhr, Dahlen, Königin-Luise-Platz.

Aus aller Welt.

Grubenkatastrophe in Oberschlesien.

Wie der „Oberschlesische Kurier“ meldet, ereignete sich heute nacht auf der Castellengo-Grube beim Vorschub eines Schlagwetter-Explosion, die zahlreiche Opfer forderte. Bis heute früh 6 Uhr waren bereits 96 Tote geborgen. Ihre Zahl dürfte aber bei weitem größer sein. Die Bergungsarbeiten sind noch nicht beendet. Nähere Nachrichten fehlen zur Stunde noch.

Die Castellengo-Grube gehört zum Besitz der Grafen Bellestre. Sie liegt dicht am Bahnhof Vorschub und zählt zu den größten Bergwerksunternehmungen des ober-schlesischen Kohlenbezirks.

Theater der Woche.

Rom 11. bis 18. April.

Vollstübne: 11. 12. 17. und 18. Nach Tenebris. 15. und 16. Spies und sein Ring. 14. Die Hölle. 15. Der Gatte und die Frau. 16. Der Gatte und die Frau. 17. Der Gatte und die Frau. 18. Der Gatte und die Frau. Opernhaus: 11. Die Hölle. 12. Die Hölle. 13. Die Hölle. 14. Die Hölle. 15. Die Hölle. 16. Die Hölle. 17. Die Hölle. 18. Die Hölle. Schauspielhaus: 11. Die Hölle. 12. Die Hölle. 13. Die Hölle. 14. Die Hölle. 15. Die Hölle. 16. Die Hölle. 17. Die Hölle. 18. Die Hölle. Komische Oper: 11. Die Hölle. 12. Die Hölle. 13. Die Hölle. 14. Die Hölle. 15. Die Hölle. 16. Die Hölle. 17. Die Hölle. 18. Die Hölle. Theater am Zoo: 11. Die Hölle. 12. Die Hölle. 13. Die Hölle. 14. Die Hölle. 15. Die Hölle. 16. Die Hölle. 17. Die Hölle. 18. Die Hölle.

Tag 11. Die Hölle. 12. Die Hölle. 13. Die Hölle. 14. Die Hölle. 15. Die Hölle. 16. Die Hölle. 17. Die Hölle. 18. Die Hölle. Tag 12. Die Hölle. 13. Die Hölle. 14. Die Hölle. 15. Die Hölle. 16. Die Hölle. 17. Die Hölle. 18. Die Hölle. Tag 13. Die Hölle. 14. Die Hölle. 15. Die Hölle. 16. Die Hölle. 17. Die Hölle. 18. Die Hölle. Tag 14. Die Hölle. 15. Die Hölle. 16. Die Hölle. 17. Die Hölle. 18. Die Hölle. Tag 15. Die Hölle. 16. Die Hölle. 17. Die Hölle. 18. Die Hölle. Tag 16. Die Hölle. 17. Die Hölle. 18. Die Hölle. Tag 17. Die Hölle. 18. Die Hölle.

Nachmittagsvorstellungen. Vollstübne: 11. 12. 17. und 18. Nach Tenebris. 15. und 16. Spies und sein Ring. 14. Die Hölle. 15. Der Gatte und die Frau. 16. Der Gatte und die Frau. 17. Der Gatte und die Frau. 18. Der Gatte und die Frau. Opernhaus: 11. Die Hölle. 12. Die Hölle. 13. Die Hölle. 14. Die Hölle. 15. Die Hölle. 16. Die Hölle. 17. Die Hölle. 18. Die Hölle. Schauspielhaus: 11. Die Hölle. 12. Die Hölle. 13. Die Hölle. 14. Die Hölle. 15. Die Hölle. 16. Die Hölle. 17. Die Hölle. 18. Die Hölle. Komische Oper: 11. Die Hölle. 12. Die Hölle. 13. Die Hölle. 14. Die Hölle. 15. Die Hölle. 16. Die Hölle. 17. Die Hölle. 18. Die Hölle. Theater am Zoo: 11. Die Hölle. 12. Die Hölle. 13. Die Hölle. 14. Die Hölle. 15. Die Hölle. 16. Die Hölle. 17. Die Hölle. 18. Die Hölle.

